

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

92. Sitzung

Berlin, Freitag, den 13. Februar 2004

Tagesordnungspunkt 19:

Vereinbarte Debatte **zur aktuellen Europapolitik**

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Osterweiterung und die Annahme einer EU-Verfassung sollten einen Höhepunkt in der Geschichte Europas werden. So klang es bei Hofe; doch die Glocken im Lande wollen einfach nicht jubeln. Zu Missklängen im Zuge des Irakkrieges gesellte sich Krach um die künftige Hausordnung in Europa. Hinzu kommt jetzt Zoff um die gemeinsame Kasse. Es knirscht in nahezu allen Säulen, die das europäische Werk stützen sollen.

Außerdem sinkt das Interesse der Bevölkerung, auch der deutschen, an der EU. Das ist im Vorfeld von Wahlen kein gutes Omen. Selbst die Medien überschlagen sich mit Eilmeldungen vom USA-Vorwahlkampf, während die anstehenden **Europawahlen** überhaupt keine Notiz wert sind. Das alles spricht für eine gründlichere Aussprache im Deutschen Bundestag, zumal ich davon ausgehe, dass alle hier vertretenen Parteien proeuropäisch sind; die PDS ist es jedenfalls.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Genau diese proeuropäische Position nährt allerdings auch unsere Kritik an aktuellen und grundsätzlichen Fragen der EU-Debatte. Sie beginnt beim vorliegenden **Verfassungsentwurf**. Er enthält vieles, was zu mehr Demokratie und zu mehr Transparenz führen kann. Das begrüßen wir ausdrücklich. Er enthält aber auch eine Selbstverpflichtung zur Hochrüstung und Militarisierung der EU. Das ist einmalig und widersinnig; das lehnt die PDS im Bundestag ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich weiß, über diesen Punkt reden Sie von Rot-Grün nicht gerne; oder Sie reden, wenn doch, diesen Punkt der Verfassung schön. Wahrscheinlich ist das aber auch der wahre Grund, warum SPD und Grüne eine Volksabstimmung in Deutschland über die EU-Verfassung auf jeden Fall verhindern wollten. Dann sollten Sie allerdings in der Debatte nicht weiter so tun, als seien SPD und Grüne die Parteien, die für mehr Demokratie und Bürgerrechte in Europa eintreten. Sie tun es nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Mit der konservativen Opposition müssen wir, wie ich denke, zwei andere Punkte klären. Einerseits gerieren Sie sich als oberste Hüter des so genannten **Stabilitätspaktes**. Dieser Pakt schafft aber keine Stabilität, er nimmt politische Spielräume und verhindert so eine aktive Politik gegen die Massenarbeitslosigkeit. Deshalb war die PDS schon immer gegen eine Stabilitätspolitik, die zwar Bankgeschäfte bedient, aber für soziale Fragen völlig taub ist.

Vor diesem Hintergrund komme ich zur aktuellen Finanzdebatte. Die EU-Kommission rechnet überschaubar. Sie sagt, die EU wird größer, also muss auch ihr Haushalt wachsen. Finanzminister Eichel rechnet ebenso übersichtlich. Er sagt, wir müssen Schulden abbauen, also können wir nicht

noch mehr Geld an die EU abführen. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Beide Argumente gehen am tatsächlichen Problem vorbei. Der Stabilitätspakt ist eine Fessel, keine Hilfe. Die fehlenden Finanzen resultieren wiederum aus einer falschen Steuerpolitik; darüber haben wir gestern sehr ausführlich diskutiert. So entpuppt sich das vermeintliche EU-Problem als ein hausgemachtes Problem.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ungeklärte Streit über die Zukunft der EU wird allerdings auch nicht in dem auf Eis liegenden Verfassungsentwurf geklärt. Zweimal ist in ihm von der Marktwirtschaft als bestimmender Wirtschaftsordnung die Rede. Einmal ist von einer **sozialen Marktwirtschaft** die Rede und ein weiteres Mal von einer offenen Marktwirtschaft. Ich wiederhole gern: Die PDS setzt sich strikt für eine soziale Marktwirtschaft und konsequent gegen eine offene Marktwirtschaft ein. Ich fürchte, dass da unsere Auffassung nicht mit der der FDP, die auch heute vorgetragen wurde, übereinstimmt. Es ist aber keine abstrakte Frage, ob die Wirtschaft sozialen Zielen verpflichtet ist oder ob das Soziale untergeordnet oder gar gestrichen wird wie bei der Agenda 2010. Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik für die EU gewinnen wollen – die PDS will dies –, dann kommen Sie um die soziale Frage nicht herum.

Nun komme ich zum Schluss noch zu einer innenpolitischen Frage im engeren Sinne. Es ist unübersehbar, wie auch auf EU-Ebene die Bürgerrechte und der Datenschutz ausgehöhlt werden. Immer offensichtlicher ist, dass die Bundesrepublik hierbei zur Avantgarde gehört. Das trifft leider auch mit umgekehrtem Vorzeichen bezüglich der Haltung gegenüber einer humanen Flüchtlings- und Asylpolitik zu. Der nach wie vor anhaltende Streit um ein Zuwanderungsgesetz spiegelt hier nur die Auseinandersetzung um die zukünftige Haltung der EU wider: entweder human und weltoffen oder aber borniert geschlossen. Der aktuelle Stand – das sagt nicht nur die Europaabgeordnete der PDS, Sylvia-Yvonne Kaufmann – ist einfach niederschmetternd. Otto Schily und andere aus der Bundesregierung haben daran aktiv Anteil.

Es gibt also viele gute und auch drängende Gründe, gründlicher über die künftige EU zu diskutieren, als es Ihnen bisher notwendig erschien. Die PDS wird es jedenfalls als Pro-Europa-Partei im beginnenden Wahlkampf tun.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])